



Nr. 12. Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 94. Jahrgang. Freitag, den 17. Januar 1919.

**Zur Waffenstillstands- und Friedensfrage.**

Die neuen Bedingungen der Alliierten für die Verlängerung des Waffenstillstands.

Trier, 16. Jan. Marschall Foch erklärte sich namens der Alliierten bereit, den Waffenstillstand um einen Monat zu verlängern unter folgenden Bedingungen: Obwohl bei den Lieferungen seit der Erneuerung des Waffenstillstandes bemerkenswerte Fortschritte gemacht worden sind, muß festgestellt werden, daß ihre Gesamtzahl nicht die Hälfte dessen erreicht hat, was nach den festgesetzten Vereinbarungen hätte erreicht sein sollen. Infolge dieser Befragten Vereinbarungen in Spaam am 17. Dezember und der Zusatzaufstellung 1 und 2 muß die deutsche Regierung also als Strafe für diese Verzögerung abliefern: 500 Lokomotiven und 19 000 Wagen, davon 4000 für Elsaß-Lothringen. In Anbetracht des Willens eines Teiles der alliierten Regierungen, durch die Forderung der ergänzenden Lieferung dieser Eisenbahnfahrzeuge nicht die Schwierigkeiten Deutschlands zu vermehren, andererseits in Anbetracht der beträchtlichen Behinderung, welche die Verzögerung der deutschen Regierung bei der Einhaltung ihrer Verpflichtungen der Wiederaufnahme des wirtschaftlichen Lebens in den alliierten Ländern verursacht, wird bestimmt, daß die deutsche Regierung als Ersatz für das oben erwähnte und den Alliierten zustehende ergänzende Eisenbahnmateriale folgende landwirtschaftliche Maschinen und Geräte liefern soll, die unter den durch die internationale permanente Waffenstillstandskommission festzusetzenden Einzelbedingungen am 17. Februar zu übergeben sind: 400 vollständige Dampfzuggruppen mit doppelter Maschine und dazu eingerichteten Pflügen, 6500 Sämaschinen, 6500 Düngerebremaaschinen, 6500 Pflüge, 6500 Brabantpflüge, 12 500 Eggen, 6500 Messeregen, 2500 Stahlmägen, 2500 Großkillys, 2500 Grasmähmaschinen, 2500 Heuweiden, 3000 Bindemäher. Dieses Material soll neu oder in sehr gutem Zustande sein. Es muß versehen sein mit dem zu jedem Gerät gehörigen Zubehör und mit den Serien der für einen Betrieb von 18 Monaten nötigen Ersatzstücke. Es stellt übrigens im ganzen einen Wert dar, der bedeutend unter einem Zehntel des Wertes des geschuldeten Eisenbahnmateriale steht. Diese Lieferung sei unabhängig von der geschuldeten Rückerstattung des gesamten von den Deutschen entwendeten oder außer Gebrauch gesetzten landwirtschaftlichen Materiale.

In Anbetracht der oben hervorgehobenen Verstöße und um neue Garantien zu nehmen, beschließt das alliierte Oberkommando, sich vorzubehalten, von jetzt ab, wenn dieses für angemessen erachtet wird, den durch die Forts des rechten Rheinuferes gebildeten Abschnitt der Festung Straßburg mit einem Geländestreifen von 5 bis 10 Kilometer vor diesen Forts zu besetzen. Weiter wird gefordert die Rückerstattung des aus den französischen und belgischen Gebieten weggeführten Materiale. Insbesondere die Lager jeder Art in Parks, auf der Eisenbahn, auf Schiffen oder Werken von Treibriemen, elektrischen Motoren oder Motorteilen und Schiffsfahrtsgeräten usw., die aus Frankreich, Belgien, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Elsaß bezw. Lothringen und Italien entnommen wurden. § 7. Die Einreichung der in § 3 und 4 aufgezählten Auskünfte muß beginnen innerhalb einer Frist von vollen 8 Tagen ab 20. Januar 1919 und muß vollständig abgeschlossen sein vor dem 15. Januar 1919.

Marschall Foch erwartet eine endgültige Antwort morgen vormittag.

\* Die Vergewaltigung Deutschlands durch die Entente schreitet fort: Die Bedingungen, die die Alliierten gestellt haben, um sich gnädig herbeizulassen, den Waffenstillstand um einen Monat zu verlängern, sind von einer solchen Unerhörtheit, daß jedem, der noch einen Tropfen deutschen Blutes in den Adern fühlt, die Scham- u. Zornesröte ins Gesicht steigen muß. Als Strafe (!), weil wir die von vornherein unmöglichen Bedingungen der Ablieferung

von Eisenbahnfahrzeugen nicht erfüllen konnten. — die Entente hat sich nämlich mit der Abnahme nicht begnügt und jedes nicht ganz intakte Stück einfach abgelehnt — sollen wir nun Tausende von landwirtschaftlichen Maschinen an die Entente abliefern, außerdem den Franzosen das Recht zugestehen, die Straßburger Forts des rechten Rheinuferes zu besetzen mit einem Geländestreifen von 5 bis 10 Kilometer vor dem Forts. Die Franzosen wollen also auch noch dieses Gebiet zu Elsaß-Lothringen schlagen. Und dabei wird nicht von Frieden oder Vorfrieden gesprochen. Im Gegenteil wird die Lage so dargestellt, als sei in Deutschland Anarchie, und deshalb wird verlangt, daß der deutsche Goldschatz nach Frankfurt, also in die nächste Nähe der Entente gebracht wird. Die Alliierten nehmen ferner das Recht in Anspruch, in ganz Deutschland Feststellungen bezüglich des angeblich aus Nordfrankreich und Belgien verschleppten Materiale zu machen. In den neuen Waffenstillstandsbedingungen kommt die ganze Nachsicht der Engländer und insbesondere der Franzosen zum Ausdruck. Man will uns jetzt unserer Ausfuhrartikel berauben, die wir besonders nach dem Osten und Balkan hätten schicken können. So wird es fortbetrieben werden, bis wir vollständig ruiniert sind. Das sind die Vorbereitungen zum "Völkerbund", in dem Deutschland der Lohnsklave werden soll.

**Die deutsche Demobilisation.**

Berlin, 16. Jan. Am 13. 1. 1919 überreichte der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaam den Vertretern der Entente eine Aufzählung über die Demobilisation des deutschen Heeres. Danach sind an der Westfront am 6. Jan. noch 5 geschlossene Divisionen gewesen, während sich 32 Divisionen auf dem Rückmarsch befanden. Im Osten war am 1. 1. Finnland vollständig geräumt, im übrigen Rußland befanden sich noch 18 Divisionen. Der deutsche Vorsitzende erhob entschieden Einspruch gegen das jeder Menschlichkeit widersprechende Verhalten der Entente, die auf verschiedene deutsche Voten und Anfragen über die Abbeförderung der in der Türkei vorhandenen etwa 10 000 Deutschen, unter denen sich zahlreiche Frauen und Kinder befinden, keine Antwort erteilt. Deutschland müsse verlangen, daß endlich eine erschöpfende Antwort gegeben werde. Der französische Vorsitzende, General Dubant, teilte in derselben Sitzung mit, daß der Lebensmittelverkehr innerhalb des besetzten Gebietes gestattet wäre. Die Ausfuhr nach dem nichtbesetzten Gebiete bleibt jedoch nach wie vor verboten. In der Pazifik sowie im ganzen von französischen Truppen besetzten Gebiete ist seit 1. 1. 1919 jeglicher Privat- und Paketverkehr untersagt. Handelskorrespondenzen und Warenproben können unter Einhaltung der Zensurbestimmungen versandt werden. Die verschiedenen Kommissionen sind dahin über angekommen, während der Trierer Verhandlungen in Spaam keine Vollziehung abzuhalten. Deutsche Waffenstillstandskommission.

**Eine Lebensfrage für Deutschland.**

Der nun endlich niedergeschlagene innere Terror hat das deutsche Volk für den Augenblick vergessen lassen, was es nie hätte vergessen sollen, nämlich daß Millionen seiner Brüder innerhalb der Landesgrenzen drauß und drann sind, durch brutale Gewalt für immer dem Reichsganzen entzogen zu werden. Der Volksbeauftragte Noske hat erklärt, daß nunmehr wenigstens gegen die Bedrohung unserer östlichen Provinzen durch die Polen Front gemacht werden soll. Aber eine andere Bedrohung steht vor der Tür, der weit schwieriger als der polnischen entgegenzutreten ist. Nach den Erklärungen des Abg. Franklin Bouillon in der französischen Kammer sowie den Versicherungen des französischen Ministerspräsidenten Clemenceau selbst, besteht in französischen Regierungskreisen die bestimmte Absicht, wenn es sein muß, auch gegen Wilson die Union des Saarbildener Landes durchzusetzen. Eine halbe Million urdeutscher Einwohner soll, wenn es nach den französischen Machthabern geht, für alle Zeiten zu Frankreich geschlagen werden. Ein Land, das seit den Römerzeiten deutsch war, 900 Jahre lang unter eigenen deutschen Fürsten stand und seit hundert Jahren zu

Preußen gehört, soll damit dem Deutschen Reich verloren gehen. Die Franzosen wissen wohl, was sie tun. Denn in Saarbrücken und Saarlouis befinden sich mit die wichtigsten Kohlengruben des Deutschen Reiches, befindet sich eine Reihe der größten Stahlwerke, aus denen sich die deutsche Industrie versorgt. Gelänge den Franzosen ihr teuflischer Plan, dann wäre die deutsche Industrie, vor allem, was ihren Kohlenbezug anbelangt, für immer vom Auslande abhängig, das ihn nach Belieben sperren könnte, wenn Deutschland nicht nach seiner Pfeife tanzt. Das wäre der sichere Weg zum Ruin der deutschen Wirtschaft. Zu weitigen ist der französische Standpunkt mit keinem einzigen moralischen Element. Er schlägt den 14 Punkten Wilsons geradewegs ins Gesicht. Er muß von vornherein ihr teuflischer Plan des amerik. Präsidenten zum Scheitern verurteilen, weil sein Ergebnis ein Friede der Gewalt, aber kein Frieden des Rechtes und der Selbstbestimmung der Völker wäre.

**Batoki für den Schutz der Ostgrenze.**

W.B. Königsberg, 16. Jan. Oberpräsident von Batoki erteilt einen Aufruf zum freiwilligen Eintritt in die ostpreussische Volkswehr, an dessen Schluß es heißt: Weil die Zeit aber weniger ermahnende Worte als beispielgebende Taten erfordert, werde ich selbst anfangs Februar, wo ich mit dem größten Teil meiner Amtsgeschäfte vorläufig wohl fertig sein werde und wo es an der Grenze wohl ernst werden wird, trotz meiner 51 Jahre, in die Volkswehr eintreten und zwar, da es mir an der zur Truppenführung vor dem Feind nötigen Grundlehrung fehlt, als einfacher Soldat.

**Englische Meldung über das Vordringen der Bolschewisten.**

(W.B.) Berlin, 17. Jan. Wie dem „B. L.-A.“ aus Haag mitgeteilt wird, melden die „Times“ aus Helzingfors: Mitau (Rurlands Hauptstadt) ist von den Bolschewisten besetzt. Die Deutschen ließen zahlreiche Kanonen und große Vorräte an Munition zurück, sowie 200 000 Liter Spiritus. Ein nach dem Abzug der Deutschen ausgebrochener Brand vernichtete 200 Häuser im Zentrum der Stadt. Die Eisenbahnverbindung mit Riga ist unterbrochen. Die Vorhut der Bolschewisten nähert sich Murawiorowo, 13 Meilen vom Hafen entfernt. — Man sieht hier wieder die niederträchtige Fassung der Timesmeldung, die den Eindruck erwecken soll, als hätten die Deutschen Kanonen und Munition mit Absicht den Bolschewisten zurückgelassen.

**Eine russische Abordnung nach London und Paris.**

(W.B.) London, 15. Jan. Eine russische Abordnung, bestehend aus dem russischen Oberst Schebekow und einigen anderen Russen, unter denen sich auch Gorki befindet, ist in London eingetroffen, um über die Lage in Rußland Erklärungen abzugeben. Sie wird sich auch nach Paris begeben.

**Deutschland.**

**Liebknecht und Rosa Luxemburg bei ihrer Verfolgung umgekommen.**

Berlin, 16. Jan. Bestimmt aufstrebende Gerüchte wollen wissen, der in der Nacht verhaftete Karl Liebknecht sei auf einem Fluchtversuch im Tiergarten am Neuen See erschossen worden. Auch Rosa Luxemburg soll während ihres Abtransportes aus dem Edenhofel von der wütenden Menge aus dem Wagen gerissen und getötet worden sein. Eine amtliche Bestätigung liegt bisher nicht vor. — Die Nachricht wird jetzt bestätigt.

Berlin, 16. Jan. Die Gardekavallerieoffiziersdivision teilt mit: Zur Feststellung, ob die Führer der Begleitmannschaften von Dr. Liebknecht und Rosa Luxemburg ihre dienstliche Pflicht erfüllt haben, ist die kriegsgerichtliche Untersuchung eingeleitet worden. Der die Begleitmannschaften der Frau Rosa Luxemburg befehligende Offizier ist vom Dienst suspendiert, bis klar gelegt worden ist, warum er zum Schutze der Frau Luxemburg gegen das Publikum nicht von der Waffe Gebrauch gemacht hat.



### Der durch den Spartakusputsch verursachte Schaden in Berlin.

Berlin, 17. Jan. Beim Berliner Magistrat sind Schadenersatzansprüche in Höhe von rund 6 Millionen Mark angemeldet worden, der durch die Spartakuschießerei der letzten Woche veranlaßt wurde.

### 200 000 Arbeitslose in Berlin.

Berlin, 17. Jan. Die Zahl der Arbeitslosen in ganz Berlin wird jetzt auf 200 000 geschätzt.

### Aus der neuen deutschen Verfassung.

Berlin, 17. Jan. Heute oder morgen soll der Verfassungsentwurf und die ihn begründende Denkschrift des Staatssekretärs an die Regierungen der deutschen Freistaaten abgehen. Wie es heißt, wird das neue Deutschland keine Kleinstaaten mehr kennen und Preußen soll in sieben oder acht Kleinstaaten aufgelöst werden. Das Reich würde darnach aus etwa 17 einzelnen Freistaaten bestehen.

### Deutsch-holländische Wirtschaftsverhandlungen.

Amsterdam, 17. Jan. Die Verhandlungen, die jetzt mit Deutschland geführt werden, betreffen die Zufuhr von Kohlen und Salzen und die Ausfuhr aus Holland von Fischen, Flachs und Reis im Verhältnis zur Einfuhr.

### Teuerungskrawalle in Böhmen.

Bern, 17. Jan. Eine Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ aus Prag besagt: Die Teuerungskrawalle in Böhmen nehmen einen immer größeren Umfang an. In Mährisch-Weißkirchen haben sich, hervorgerufen durch die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den Proviantverhältnissen, Ausschreitungen ereignet, wobei einige jüdische Geschäftsmänner geplündert und vernichtet wurden. Die Bezirkshauptmannschaft hat den Ausnahmezustand über die Stadt verhängt. Wie „Ezas“ meldet, fanden in Ezaslau so gewaltige Plünderungen statt, daß die Polizei und das Militär machtlos waren.

### Kriegsgewinn- und Vermögenszuwachssteuer.

(W.B.) Berlin, 15. Jan. Aus dem vorläufigen Steuerprogramm der Reichsregierung werden nunmehr im „Reichsanzeiger“ zwei Gesetzentwürfe veröffentlicht. Der erste betrifft eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Jahr 1919. Es handelt sich hier, von einigen Abweichungen abgesehen, um eine Wiederholung der Kriegsabgabe, wie sie für das Rechnungsjahr 1918 zur Erhebung gelangte. Dabei muß aber vorausgeschickt werden, daß diejenigen Teile des Gesetzentwurfes, die sich mit der Abgabe von Vermögen der Einzelpersonen beschäftigen, erst geschätzt werden sollen, wenn die ganze einmalige Vermögensabgabe die Zustimmung der zur Gesetzgebung berufenen Organe finden wird. Das Gesetz über eine außerordentliche Kriegsausgabe für das Jahr 1919, wie sie im Gesetzentwurf vorliegt, zerfällt in zwei Hauptteile: 1. Abgabepflicht der Einzelpersonen und 2. Abgabepflicht der Gesellschaften. Einzelpersonen sollen eine Abgabe vom Mehreinkommen und vom Vermögen zahlen. Beträge des Mehreinkommens bis 3000 M bleiben steuerfrei. Was das veranlagte Einkommen vor dem Kriege niedriger als 10 000 M, so gilt als Friedenseinkommen der Betrag von 10 000 M. Die Abgabe vom Mehreinkommen beträgt bei den ersten 10 000 M des abgabepflichtigen Mehreinkommens 5 Prozent, für die nächsten angefangenen oder vollen 10 000 M 10 Prozent; für die nächsten angefangenen oder vollen 30 000 M 20 Prozent; für die nächsten angefangenen oder vollen 50 000 M 30 Prozent; für die nächsten angefangenen oder vollen 100 000 M 40 Prozent; für die weiteren Beträge 50 Prozent. Abgaben von Vermögen werden nur erhoben bei Vermögensbeträgen von mehr als 100 000 M. Sie betragen für die ersten 100 000 M 1 pro Mille; für die nächsten angefangenen oder vollen 300 000 M 2 pro Mille; für die nächsten angefangenen oder vollen 500 000 M 3 pro Mille; für die weiteren Beträge 5 pro Mille. Maßgebend für die Vermögen ist im allgemeinen der Vermögensstand vom 31. Dezember 1918. Der Stand der Besteuerung der Gesellschaften ist der Mehrgewinn aus dem jüngst abgelaufenen Geschäftsjahr. Während nach dem Gesetz einer außerordentlichen Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918 die Höchstabgabe der Gesellschaften vom Mehrgewinn 60 Prozent beträgt, so ist im Entwurf für 1919 dieselbe mit 80 Prozent vorgesehen, und zwar wird die Staffelung der Abgabe bei dem Mehrgewinn progressiv sein. Alle Mehrgewinne über 1 Million M zahlen 80 Prozent Kriegssteuer. Für geringere Gewinne sind Verminderungen von 10 bis 50 Prozent vorgesehen. Ein Ueberschuß der Besteuerung wird dadurch verhindert, daß die Mehrgewinnsteuer des Reiches einschließlich der Staats- und Gemeindesteuern, soweit letztere von dem Mehrgewinn bildenden Teil des Einkommens erhoben wird, gegebenenfalls nicht über 90 Prozent hinausgehen soll.

Der zweite Gesetzentwurf betrifft eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, die in der Zeit vom 31. Dezember 1918 bis 31. Dezember 1919 eingetretene ist. Für die Errechnung des Vermögensstandes vom 31. Dezember 1918 ist das für die Errechnung des Verbleibenden festgestellte Vermögen maßgebend. Jeder durch Erbschaft, durch Vermächtnis, durch Anfall des Stammgutes oder Fideikommisses erworbene Vermögenszuwachs soll grundsätzlich steuerfrei bleiben, also vom Vermögensstand vom 31. Dezember 1918 in Abzug gebracht werden. Von dem anderen Vermögen (Stand vom

### Äußerliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung des Ministeriums des Innern über nachträgliche Änderungen in die Wählerlisten für die Wahl zur Deutschen Nationalversammlung.

Die provisorische Regierung hat angeordnet, daß die Gemeindebehörden nach vorheriger möglichst wirksamer Bekanntmachung solchen nachweisbar wahlberechtigten Personen noch an einem Tage Gelegenheit zur Anmeldung zur Wählerliste für die Reichswahl zu geben haben, die entweder, obgleich tatsächlich nicht eingetragen, eine amtliche Benachrichtigung über ihre erfolgte Aufnahme in die Wählerliste erhalten haben oder glaubhaft machen, daß sie die am 6. Januar abgelaufene Einspruchsfrist infolge einer entschuldigten Abhaltung veräumt haben. Solche Wähler sind unter: Beifügung einer entsprechenden Erläuterung in der Spalte für Bemerkungen nachträglich in die Wählerliste anzunehmen.

Ministerium des Innern: Stuttgart, 14. Januar 1919. J. W. Haag.

31. Dezember 1918) ist ferner abzugeben der (am 3. Dezember 1918 festgestellte) Kapitalwert der auf der Vermögensabgabepflicht ruht, auf Lebenszeit einer bestimmten Person gewährte Leistungen, wenn diese innerhalb des Zeitraumes vom 31. Dezember 1918 bis 31. Dezember 1919 verfallen ist. Weiter sind abzugeben: Kapitalauszahlungen in dem Veranlagungszeitraum, die aus einer Versicherung erfolgt sind. Auch wer im Veranlagungszeitraum eine Schenkung von mehr als 1000 M bekommen hat, kann diesen Betrag vom Vermögensstand vom 31. Dezember 1918 abziehen, wenn die Steuerabgabe von dem Vermögen des Betreffenden, der die Schenkung vorgenommen hat; abzugsfähig ist auch der Betrag eines Kapitalabfindung als Entschädigung für die durch Körperliche Verletzung herbeigeführte völlige oder teilweise Erwerbsunfähigkeit. Dem (nach den Vorschriften des Vermögensgesetzes) für den 31. Dezember 1918 festgestellten Vermögen ist hinzuzurechnen unter anderem Schenkungen und sonstige Vermögensübergabe. Es erweist sich also, zumal da auf eine verschärfte Auskunftspflicht der Notare und Gerichte hingewirkt wird, als zwecklos, wenn zum Beispiel Eltern, um dadurch zu niedrigeren Steuerätzen zu kommen, an ihre Kinder verschenken. Dabei darf hier einhaltend bemerkt werden, daß auch bei der künftigen Vermögensabgabe Vorkehrungen in dieser Richtung getroffen werden. Zu dem Vermögensstand vom 31. Dezember 1918 sind ferner u. a. hinzuzurechnen Beträge, die im Veranlagungszeitraum in ausländischen Grund- oder Betriebsvermögen angelegt worden sind. Der Gesetzentwurf will damit verhindern, daß in der Zeit vom 31. Dezember 1918 bis 31. Dezember 1919 abgewandertes Vermögen der Steuerpflicht entzogen wird. Weiter soll der Verflechtung des Vermögenszuwachses damit entgegen gewirkt werden. Der Betrag der zum Erwerb von Gegenständen aus edlen Metallen, Edelsteinen, sofern es sich um Kunst-, Schmuck- oder Luxusgegenstände handelt, auch von Sammlungen aller Art angewendet worden ist, und sich so der Steuerpflicht entzieht, ist ebenfalls zum Vermögensstande hinzuzurechnen. Es hat sich bekanntlich bei manchen Leuten, die hohe Kriegsgewinne erzielt haben, Neigung gezeigt, ihre Mittel gerade in solchen Werten anzulegen, die nach dem Vermögensgesetz nicht steuerpflichtig sind. Dem soll der Gesetzentwurf nach dem Vorbilde des Steuergesetzes vom 21. Juni 1918 entgegen treten. Ausgenommen sind aber wiederum Kunstwerke lebender oder seit dem 1. Januar 1909 verstorbener deutscher, sowie im Deutschen Reich wohnender Künstler. Der Gesetzentwurf geht aber noch weiter als das Kriegssteuergesetz. Es sind nämlich dem Vermögensstande vom 31. Dezember 1918 hinzuzurechnen Beträge, die im Veranlagungszeitraum zu Anschaffungen jeder Art verwendet worden sind, soweit sie die Summe von 5000 M übersteigen. Die Neuananschaffungen, und zwar Anschaffungen aller Art — das gleiche gilt auch für die oben erwähnte Anlage in ausländischen, Grund- oder Betriebsvermögen — sind allerdings nur dann zu berücksichtigen, wenn die erworbenen Gegenstände und so weiter am Ende des Veranlagungszeitraumes (31. Dez. 1918) noch im Besitze der Abgabepflichtigen sind. Die Höhe der Kriegsabgabe, die nur von dem den Betrag von 3000 M übersteigenden Vermögenszuwachs erhoben wird, beträgt: Für die ersten angefangenen oder vollen 10 000 M des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses 10 Prozent; für die nächsten 10 000 M 15 Prozent; für die weiteren 10 000 M 20 Prozent; für die nächsten angefangenen oder vollen 20 000 M 30 Prozent; für die nächsten 30 000 M 40 Prozent; für die nächsten 100 000 M 50 Prozent; für die nächsten 100 000 M 60 Prozent; für die nächsten 200 000 M 80 Prozent und für die weiteren Beträge 100 Prozent des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses. Es sollen also nach diesem Abgabefah jeder über 500 000 M hinausgehende abgabepflichtige Vermögenszuwachs voll wegbesteuert werden und es kann somit niemand nach Erfüllung der Abgabepflicht von dem abgabepflichtigen Vermögenszuwachs mehr als 199 500 M zurückbehalten.

### Aus Stadt und Land.

Calw, den 17. Januar 1919.

Der Entwurf der neuen württemb. Verfassung.

Der Ende Dezember von der prov. Regierung eingefegte Ausschuß zur Ausarbeitung des Entwurfs für ein

neues württemb. Staatsgrundgesetz hat seine Arbeiten jetzt abgeschlossen. Der Entwurf, der in vielen wesentlichen Punkten mit dem badischen Entwurf ähnlich ist und der am Donnerstag zusammengetretenen Landesversammlung unterbreitet werden wird, sieht folgende Bestimmungen vor:

Der Volksstaat Württemberg bleibt ein Bestandteil des deutschen Volksstaats. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Das Stimmrecht steht allen Männern und Frauen mit dem vollendeten 20. Lebensjahre zu. Nichtwürttembergische Deutsche sind stimmberechtigt, sofern in ihrem Heimatstaat Württemberger stimmberechtigt sind. Alle Staatsbürger sind als solche gleich an Rechten und Pflichten. Vorrechte des Standes und der Geburt werden nicht anerkannt. Alle Titel, die keine Amtsbezeichnung darstellen, sind aufgehoben und werden nicht wieder eingeführt. Orden und Ehrenzeichen werden nicht mehr verliehen und dürfen von nichtdeutschen Staaten nicht angenommen werden. Für die Verleihung eines öffentlichen Amtes soll nur Tüchtigkeit und Würdigkeit maßgebend sein. Die persönliche Freiheit wird gewährleistet. Gegen gesetzwidrige Festnahme und gegen Verletzung des Hausrechts bietet die Verfassung ebenso Schutz wie gegen willkürliche Eigentumsverletzung. Unter welchen Voraussetzungen das Eigentum zu öffentlichen Zwecken gegen Entschädigung beschränkt werden kann, wird durch Gesetz bestimmt. Die Vergesellschaftung der Wirtschaft nach dem Stande ihrer Entwicklung ist Aufgabe des Staates. Die Ueberführung eines Zweiges der Gütererzeugung in die Gemeinwirtschaft erfolgt auf dem Wege der Gesetzgebung. Auch die Fideikommiss werden durch besonderes Gesetz aufgehoben, neue werden nicht errichtet.

Freie Religionsübung innerhalb der Schranken der öffentlichen Ordnung wird zugesichert; die Glaubensgemeinschaften ordnen und verwalten ihre Angelegenheiten selbständig im Rahmen der Staatsgesetze. Die evangelische, die reformierte und katholische Kirche und die israelitische Religionsgemeinschaft sind Körperschaften des öffentlichen Rechts, anderen Glaubensgemeinschaften kann dieses Recht durch Gesetz zugesprochen werden. Für die Ansprüche der Kirchen an das in Staatshänden befindliche Kirchenvermögen wird eine durch Gesetz festzusetzende Geldrente gewährt. Das Schulwesen untersteht nur der Aufsicht des Staates. Der Landtag besteht nur aus einer Kammer. Auf je 25 000 Landeseinwohner entfällt ein Abgeordneter, im Ganzen würde der Landtag künftighin demnach etwa 100 Abgeordnete zählen. Die Landtagsperiode dauert 3 Jahre, der Landtag kann aber jederzeit durch Volksabstimmung aufgelöst werden, die auf Beschluß des Staatsministeriums oder auf Verlangen von ein Fünftel der Stimmberechtigten stattzufinden hat. Mindestens einmal im Jahr muß der Landtag zusammentreten. Das Staatsministerium wie auch der Landtag kann ein beschlossenes Gesetz der Volksabstimmung unterwerfen, die auch stattfinden muß, wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten sie begehrt oder die gleiche Zahl die Vorlage eines Gesetzes fordert. Der jeweilige Ministerpräsident wird mit der Würde eines Staatspräsidenten ausgestattet und vom Landtag gewählt. Er bildet sich sein Ministerium, das des Vertrauens des Landtages bedarf. Der Landtag kann das Gesamtministerium aberufen oder auch einzelne Minister entlassen. Die Minister erhalten als solche keine Pension. Den Ministerien werden Beiräte angegliedert, die aus Vertretern der Ministerien, des Landtags und der Berufsstände bestehen. Die Statperiode ist eine einjährige.

### Finanzielle Auseinandersetzung zwischen Staat und Krone.

\* Zwischen dem Staat und der früheren Krone hat nach dem Thronverzicht König Wilhelms II eine finanzielle Auseinandersetzung stattgefunden. Danach löst die prov. Regierung, um das Kammergut, aus welchen die persönlichen Bedürfnisse des Königs als Staatsoberhaupt und der Mitglieder des R. Hauses zu bestreiten waren, frei zu machen, die Zivilliste ab, indem dem König vom 1. Januar 1919 ab eine jährliche Rente von 200 000 Mk. und nach seinem Tode der Witwe eine solche von 100 000 Mk. zugestanden wurde. Dafür hat der Staat aber die sehr hohen Lasten der Zivilliste zu übernehmen, vor allem die Ausgaben für die bisherigen Beamten des Hofes und den Aufwand für die zur Krondotation gehörigen Schlösser, Institute usw., besonders für das Theater, für welches der König in der letzten Zeit bekanntlich Zuschüsse bis zu 700 000 Mk. im Jahr geleistet hat. Die Beamten des Hofes sollen zum Teil im Staatsdienst verwendet, zum Teil pensioniert werden. Die sog. Krondotation, d. h. der vom Staat zu leistende Aufwand für Immobilien, wie Schlösser, den Königsbau, Schloßgarten, Rosenstein, die Wildparks usw., ist aufgehoben worden. Dem König wurde lediglich Bebenhausen als Aufenthaltssort überlassen. Friedrichshafen gehört zum Familienfideikommiss, ist damit Privateigentum und wird durch den Thronverzicht ebenso wenig berührt, wie der Wilhelmspalast. Die von Mitgliedern des R. Hauses bewohnten Apanagenschlösser, darunter das Kronprinzenpalais und der Prinzenbau, sind auf 31. März gekündigt worden.

Das „Calwer Tagblatt“ kann jederzeit bestellt werden.



## Sozialdemokratische Partei Calw.

Morgen Samstag Abend 7 Uhr,  
im Saale der Brauerei Dreiß

# große Wählerversammlung

Referent: Herr Otto Wasner = Stuttgart,  
gewählt als Abgeordneter zur Landesversammlung, Kandidat  
für unseren Wahlkreis zur deutschen Nationalversammlung.

Thema:

## Deutschlands Zukunft und die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung.

Wähler und Wählerinnen erscheint zahlreich.  
Der Wahlausschuß.

## D. V. c. u.

Montag, 20. Jan. mittags  
1/4 Uhr Badischer Hof Vortrag.

### Sämtliche Haararbeiten

fertigt rasch und billig.  
Z. Odermatt, Friseurmeister  
Calw.

### Parquet- Linoleum- Bodenwische

Marke „Diene“ weiß und gelb

### Schuhcreme

„Erad Erad“ schwarz und gelb  
empfiehlt  
R. Hauber.

### Wand-Kalender

mit Markt-Verzeichnis  
das Stück zu 20 Pfg., sind auf  
der Geschäftsstelle ds. Bl. zu haben.

## Konsumvereinsmitglieder!

In Eurem eigenen Interesse liegt es,  
den Stimmzettel  
der sozialdemokratischen Partei abzugeben,  
indem unser

Geschäftsführer der Württembergischen Konsumvereine  
Herr Franz Feuerstein

auf diesem an aussichtsreicher Stelle steht.  
Mehrere Konsumvereinsmitglieder.

 **Geschäftshaus**  
in guter Lage der Stadt Calw

 zu kaufen gesucht.  
Schriftliche Angebote mit Preisangabe unter S. Z. 5928 an  
Rudolf Woffe, Stuttgart.

# Handwerker, Kaufleute.

Am nächsten Sonntag wird das Deutsche Volk die Entscheidung darüber treffen, wie seine fernere Zukunft sich gestalten soll. Ganz besonders das Handwerk und der übrige gewerbliche und kaufmännische Mittelstand haben das größte Interesse daran, daß in der deutschen National-Versammlung auch Männer stehen, die den selbständigen Mittelstand zu vertreten, das Herz und die Befähigung dazu haben. Welche Partei bietet hierfür in Württemberg die beste Gewähr?

## Die deutsche demokratische Partei!

Durch die Wahl zur württ. Landesversammlung entsendet die deutsche demokratische Partei 3 tüchtige Handwerksmeister und einen Kaufmann:  
**den Flaschnermeister Henne, Buchdrucker Wulle, Küfermeister Stengelin,  
und Kaufmann Schweikhardt.**

Die Bürgerpartei entsendet nur einen einzigen Handwerksmeister in die Landesversammlung und das Zentrum überhaupt keinen. Und wie steht es mit den Wahlzetteln zur Nationalversammlung? An sicherer Stelle bei allen Parteien steht als einziger Vertreter des Mittelstandes der Vorsitzende des Reutlinger Mittelstandskartells, der volkswirtschaftliche Führer des demokratischen Mittelstandes:

## Handwerkskammersekretär Karl Hermann von Reutlingen!

Und angesichts dieser Tatsache wagen es noch die rechtsstehenden Parteien, ganz besonders die Bürgerpartei und auch das Zentrum, der deutschen demokratischen Partei Mittelstandsfeindlichkeit vorzuwerfen, indem sie mit uralten Ladenaßern aus den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts Reden von Männern anführt, die lediglich zum Ausdruck brachten, wie damals der überwiegende Teil des württembergischen Handwerks dachten.

Das heißt denn doch das Handwerk überaus schlecht einschätzen in seiner geistigen Auffassung.  
Das Handwerk hat die Sünden der Rechtsparteien nicht vergessen.

Neben erheblichen Teilen der Zentrumsparthei sind es ganz besonders die führenden Leute der Schwäbischen Bürgerpartei, von denen das Handwerk alle Ursache hat, schleunigst abzurücken.

Wer sind denn die führenden Geister dieser Partei? Es sind jene Gewaltpolitiker, jene Anhänger der Junkerherrschaft, die Freunde der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes, die um eure Stimme jetzt buhlen! Unter ihrer alten Flagge glauben sie keine Geschäfte mehr machen zu können, deshalb borgten sie einen neuen Namen und gaben sie vier Wahlzettel heraus. Wie kann ein vernünftig denkender Handwerker seine Stimme einer Partei geben, deren namhafteste Vertreter in hohem Maße mit Schuld tragen an dem furchtbaren Zusammenbruch, den unser Vaterland erlitten hat. Sie waren es, die sich mit allen Mitteln ihrer Macht einer rechtzeitigen Demokratisierung Deutschlands entgegen-gestellt haben. Sie waren es, die den Gewaltmenschen Ludendorff in seiner unheilvollen Politik unterstützten. Sie waren es, die sich freuten über den Ausbruch des Krieges, der so furchtbar den Mittelstand geschädigt und in seinen Grundfesten erschüttert hat. Mit alten Märgen der Uebermacht des Großkapitals in der Demokratie glauben sie den Mittelstand einzufangen zu können und verschweigen dabei, daß gerade in ihren Kreisen die Rüstungsindustrie, die Schwerindustrie, die Großgrundbesitzer tonangebend und ausschlaggebend sind, auch wenn nach außen der Ausruf etwas anders aussieht. Ohne blühende Industrie kein Gedeihen des Mittelstandes, wer wollte ernstlich die Richtigkeit dieser Auffassung bestreiten? Die vereinigten Rektionäre glauben mit rückständigen Phrasen den Mittelstand darüber hinwegtäuschen zu können, daß ihre Kreise es in erster Linie sind, die durch ihre Blut- und Eisenpolitik Deutschland und damit auch seinen Mittelstand in diese furchtbare Lage gebracht haben.

Deshalb Handwerker, Kaufleute gebt am 19. Januar nur den Stimmzettel ab für die

# Deutsche demokratische Partei.



012 77.1.19

# Wahlaufruf der Deutschen demokratischen Partei Calw. Wähler und Wählerinnen!

## Die Entscheidungsnacht.

Die erste Wahlschlacht ist geschlagen, die zweite folgt am Sonntag, den 19. Januar.

Die wichtigste Entscheidung steht bevor. Es gilt jetzt für das ganze deutsche Reich eine Regierung zu wählen, die dem Volk Frieden, Ordnung, Lebensmittel und Arbeit geben soll.

Die Deutsche demokratische Partei ruft alle staatserhaltenden Männer und Frauen zur Beteiligung an der Wahl zur deutschen Nationalversammlung und zur Abgabe des Deutschen demokratischen Wahlzettels auf.

Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung sind von ungeheurer Wichtigkeit, denn von ihnen hängt es ab, ob Deutschland, das infolge der verruchten Herrschaft der Unabhängigen Sozialisten im Staube liegt, wieder ein geordnetes Staatswesen aufbauen kann.

Unsere Feinde warten das Ergebnis der Wahl mit scharfem Blick ab und treffen darnach ihre weiteren Maßnahmen.

Sie erklären immer und immer wieder: Ohne Beseitigung der radikalen Sozialdemokratie giebt es keinen Frieden und kein Brot.

Wir brauchen aber Frieden, weil wir in allererster Linie Nahrungsmittel nötig haben, denn sonst droht unserem ganzen deutschen Volke der Hungertod.

Wir brauchen den Frieden, damit wir unsere Grenzen beschützen und nicht ein Stück deutschen Landes um das andere verlieren sollen.

Wir brauchen den Frieden, damit wir vom Auslande

Rohstoffe erhalten und unsere Millionen von Arbeitern, Handwerkern und Gewerbetreibenden lohnend beschäftigen können.

Schon während des Krieges ist die Deutsche demokratische Partei immer und immer wieder bestrebt gewesen, einen ehrenhaften Frieden abzuschließen und dem Volk die Segnungen des Friedens zuteil werden zu lassen.

Sie ist unermüdt tätig gewesen, um den schauerhaften Greueln des Krieges ein Ende zu machen. Ihren Bemühungen ist es hauptsächlich zuzuschreiben, daß der Waffenstillstand abgeschlossen wurde und unsere Soldaten in die Heimat zurückkehren durften.

Die Deutsche demokratische Partei hat bei den Landtagswahlen unter den bürgerlichen Parteien die erste Stelle eingenommen und die meisten Vertreter erhalten.

Dieses glänzende Ergebnis beweist, daß das Volk die Ziele dieser Partei für richtig anerkannt hat und daß es ihr den Wiederaufbau unseres Vaterlandes auf freier Grundlage ermöglichen will.

Soll Deutschland wieder groß und mächtig werden, so kann dies nur von einer Partei erreicht werden, die im Volke selbst wurzelt und lebt und ihre Kräfte aus dem Volke erhält.

## Diese Partei ist allein die Deutsche demokratische Partei.

Sie bekämpft die Sozialdemokratie aller Richtungen, denn diese hat zum Ziele die Verstaatlichung aller Produktionsmittel, also der Werkzeuge und Maschinen des Handwerkers und des gewerblichen Mittelstandes und des Grund und Bodens des kleinen Bauern.

Sie bekämpft die Sozialdemokratie, weil diese die

Trennung von Kirche, Staat und Schule in kirchen-, und religionsfeindlichem Sinne durchsetzen will.

Sie bekämpft aber auch die Bürgerpartei und die verschiedenen Bauernblinde, weil diese Klassengegensätze und nicht Klassenversöhnung schaffen, den Militarismus verteidigen und für möglichste Schonung des Kapitalismus eintreten.

## Was fordert aber die Deutsche demokratische Partei?

1. Scharfe Erfassung des Kapitals zum Wiederaufbau unseres wirtschaftlichen Lebens.
2. Freiheitlichen Aufbau des Staates auf den Schultern des ganzen Volkes.
3. Trennung der Kirche vom Staat unter Herausgabe des Kirchenguts oder Gewährung einer angemessenen Rente.
4. Konfessionellen Religionsunterricht in der Schule und volle Glaubensfreiheit.
5. Beibehaltung des Privateigentums und Anantastbarkeit der Kriegsanleihen, der deutschen Staats- und Wertpapiere und der Sparkasseneinlagen.
6. Unbedingte Erhaltung eines freien Bauern- und Handwerkerstandes und Sicherstellung der Rechte der Beamten, Untergebenen und staatlichen Arbeiter.
7. Ausgiebige Arbeitsgelegenheit und anständiges Auskommen für jeden Arbeiter.

Die Wahlen zum Landtag haben leider gezeigt, daß sehr viele Soldaten und Kriegsteilnehmer aus Aerger über schimpfliche Behandlung und sehr viele Bauern aus Mißmut über außerordentliche Bevormundung und drückende Vorschriften ihre Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben und dieser Umsturzpartei eine große Zahl von Abgeordneten zugeführt haben.

Die Mißstimmung vieler Wähler ist zu verstehen, aber diese darf nicht dazu führen, einer Partei die Stimme zu geben, die die Hauptgegnerin eines freien Bauern- und Handwerkerstandes ist. Die Folgen dieser momentanen Verärgerung und die Zuneigung zur Sozialdemokratie werden sich bei den Schutzesen für die Landwirtschaft und den Mittelstand in schwerster Weise geltend machen.

Jeder Bauer und Handwerker, der seine Stimme für die Sozialdemokratie abgibt, betrügt sich selbst um seinen Fleiß, schädigt seine eigenen Kinder und bringt sie für die Zukunft in größte Gefahr.

Wer sein Volk und seine Familie lieb hat, der wähle die Kandidaten der Deutschen demokratischen Partei.

Je stärker diese Partei ist, desto sicherer wird sich eine arbeitsfähige Mehrheit ergeben, die Deutschland wieder in den Sattel hebt.

Alle Stände unseres Volkes sollen wieder ein Heim finden, das jedem deutschen Bürger eine traute Wohnstätte für seine Familie bieten soll.

Wenn auch schwere Zeiten kommen werden, so wollen wir treu zusammenstehen für das Reich, für die Heimat, für deutsches Wesen für unser Volk und für unsere höchsten, heiligsten Güter.

Darum auf zur Wahl und gebt Eure Stimmen ab für die

## Deutsche demokratische Partei.